

# Materialien

für die 3. Tagung  
des 8. Stadtparteitages

## Heft 2

- Änderungsanträge -

am 2. Februar 2024  
im Felsenkeller Leipzig  
Karl-Heine-Straße 32

## **2 I. Inhaltsverzeichnis und Impressum**

### **Inhaltsverzeichnis**

2	Inhalt und Impressum
3	Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm
3	1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben
4	2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit
6	3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen
7	5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt
9	6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle

### **Materialienheft 2**

zur 3. Tagung des 8. Stadtparteitages  
von DIE LINKE Leipzig am 2. Februar 2024

#### **Impressum**

Herausgeberin: DIE LINKE Leipzig  
Liebknecht-Haus  
Braustraße 15  
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth  
Redaktionsschluss: 30.01.2024

## Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm 2024

Kapitel 1 - Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

### ÄA17

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 84: „1.1 Stadtgesellschaft sozial und gerecht“

zu: „1.1. Stadtgesellschaft **nachhaltig**, sozial und gerecht“

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

### ÄA18

**Antragssteller:** Paul Hösler

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in der Zeile 164: „den Ausbau der Straßensozialarbeit in Schwerpunktgebieten“

durch: „**die Sicherstellung und der Ausbau von Streetwork/mobile Jugendarbeit im gesamten Leipziger Stadtgebiet sowie die Prüfung der Etablierung von mobiler Kindersozialarbeit**“

**Begründung:**

1. Der Ersatz "Streetwork/mobile Jugendarbeit" konkretisiert das Arbeitsfeld im Kapitel zu Familien, Kindern und Jugendlichen, da beide Begriffe in der Regel sowieso entweder synonym oder eben auch ergänzend zueinander verwendet werden.
2. Wenn von "Schwerpunktgebieten" die Rede sein soll (wie im Entwurf zu lesen ist), dann sollte auch klar sein, worum es sich genau bei "Schwerpunktgebieten" handelt. Das ist hier nicht der Fall, deswegen die Streichung bzw. Ersetzung. Die Nutzung des Begriffs "Schwerpunktgebiet" kann deshalb problematisch sein, weil man sich damit in bestehende Stigmatisierungen von Stadtteilen einreihet und somit im Zweifel Einwohner\*innen Eigenschaften zuschreibt, die ihnen im schlimmsten Fall sowieso schon durch eine Stadtgesellschaft zugeschrieben werden. Ein Ort wird so vielmehr als "erzählter Ort" verfestigt und wird dem Lebensraum und der Vielfalt der darin wohnenden Menschen nicht gerecht. Zudem sind die Sozialräume von jungen Menschen so flexibel, dass sie sich nicht zwangsweise in abgegrenzten Stadtgebieten eingrenzen ließen.

#### 4 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

3. Es gibt derzeit Planungsräume in Leipzig, die 14 Orts- und Stadtteile oder sogar mehr umfassen. Das sind mitunter riesige Flächen, was auch bedeutet, dass bei einer kontinuierlich wachsenden Stadt wie Leipzig derzeitige Angebote in ihrer Form mindestens sichergestellt sein müssen.

4. Mobile Jugendarbeit ist konzeptionell oft an Jugendliche und junge Erwachsene ausgerichtet und erreicht auch daher meist junge Menschen in der Altersspanne von 14-26 Jahren. Die Idee der mobilen, aufsuchenden Kindersozialarbeit wurde nach fachlichen Diskussionen durch die LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. als Modellprojekt von 2015-2017 erprobt und es konnte ein Bedarf für Kinder festgestellt werden, die eben nicht von den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit erreicht worden sind und die sich im öffentlichen Raum aufhielten (8-13 Jahre). Eben auch aufgrund steigender Einwohner\*innenzahlen, geringer werdenden Freiräumen und Konkurrenz um bestehende Freiräume soll sich Die Linke in Leipzig dafür einsetzen, inwiefern mobile Kindersozialarbeit nach §§ 11, 13 SGB VIII das bestehende Angebot in der Landschaft der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit sinnvoll ergänzen kann. Verwaltungssprache muss eineindeutig sein, das geht nur mit bestimmten Rechtsbegriffen. Jede Abweichung führt zu größerer Unklarheit. Daher ist es einleuchtender, Eine Art "Übersetzungsstelle" zu schaffen, als eine unmöglich umsetzbare Forderung aufzuschreiben. Gleiches gilt bei Formularen: Eineindeutigkeit der Sprache sichert Rechtssicherheit.

#### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

#### **Kapitel 2 - Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

##### **ÄA19**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

##### **Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 486: "Eine solche Zielsetzung kann nur erreicht werden, wenn neben Ansiedlungen von Logistikunternehmen, Gastgewerbe- und Touristikbetrieben vor allem Firmen mit innovativen und weltmarktfähigen Produkten ihren Platz in Leipzig finden und halten."

zu: „Eine solche Zielsetzung kann nur erreicht werden, wenn neben Ansiedlungen von Logistikunternehmen, Gastgewerbe- und Touristikbetrieben sowohl Firmen mit innovativen und weltmarktfähigen Produkte **als auch solche, die nachhaltig für den lokalen Markt produzieren** ihren Platz in Leipzig finden und halten."

##### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

#### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## ÄA20

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 495: „DIE LINKE will mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen eine solche Entwicklung fördern, gute Arbeitsplätze sichern und Unternehmen gewinnen, die neue und gute Arbeitsplätze schaffen.“

zu: „DIE LINKE will mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen eine solche Entwicklung fördern, gute **nachhaltige** Arbeitsplätze sichern und Unternehmen gewinnen, die neue und gute **nachhaltige** Arbeitsplätze schaffen.“

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## ÄA21

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 571: „die Sicherung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE) und der Vereinslandschaft Leipzigs“

zu: „die Sicherung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten **nachhaltigen** Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE) und der Vereinslandschaft Leipzigs“

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## 6 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

### **ÄA22**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 615: „die weitere Entwicklung der Leipziger Messe als leistungsfähigem Standort für Fach- und Publikumsmessen insbesondere in Verbindung mit innovativen Branchen“

zu: „die weitere Entwicklung der Leipziger Messe als leistungsfähigem Standort für Fach- und Publikumsmessen insbesondere in Verbindung mit innovativen und **nachhaltigen** Branchen“

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## Kapitel 3 – Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen

### **ÄA23 zum ÄA9**

**Antragssteller:** Oliver Gebhardt, Adam Bednarsky, Marco Götze

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge ÄA9 geändert beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: „**Ein kostenfreies, gesundes, nährstoffreiches und nachhaltiges Mittagsgesicht für alle Kinder und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen in der Stadt Leipzig zu gewährleisten**“

**Begründung:**

Die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat kämpft bereits seit Jahren für eine bessere Speiseversorgung an Kitas und Schulen. Die aktuelle Preisentwicklung durch Mehrwertsteuererhöhung sowie Inflation und fehlende Unterstützung des Bundes führt jedoch dazu, dass entweder die Speisequalität leiden muss oder die Mägen der Kinder und Jugendlichen leer bleiben. Dies verschärft Bildungsungerechtigkeit und soziale Ungleichheit deutlich.

Die Linke ist davon überzeugt, dass in einem reichen Staat wie Deutschland kein Kind ohne warme Mahlzeit bleiben darf. Wer Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit will, muss bei den Kleinsten anfangen. Als Stadt sollten wir deshalb bereit sein, in die gesunde, nährstoffreiche und nachhaltige Ernährung unserer Kinder zu investieren. Vor allem, wenn sich der Freistaat Sachsen aus der Verantwortung zieht und der Bund weitere Steine in den Weg legt, müssen wir die Verantwortung für eine Stadt für alle tragen.

Unterstützt wird diese Forderung nun auch durch die Empfehlung des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“. Er priorisiert dieses Anliegen mit der höchsten Empfehlung 1. Er sieht

darin genauso wie Die Linke einen „Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit“ Quelle:  
<https://www.buergerrat.de/aktuelles/buergerrat-zu-ernaehrung-beendet-seine-arbeit/>;  
[https://www.bundestag.de/resource/blob/984354/39efba25c218ee935e26f786abbce81c/Empfehlungen\\_buergerrat.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/984354/39efba25c218ee935e26f786abbce81c/Empfehlungen_buergerrat.pdf))

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

**Kapitel 5 – Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

**ÄA24**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 1173: „ein besonderes Augenmerk auf sichere Schulwege, damit auch die Kleinen sicher zu Fuß sind (z.B. durch temporäre Schulstraßen)“

zu: „*ein besonderes Augenmerk auf sichere Schulwege, damit auch die Kleinen sicher zu Fuß **unterwegs** sind (z.B. durch temporäre Schulstraßen **und konsequentes Halteverbot vor Ein- und Ausgangsbereichen von Schulen**)“*

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

**ÄA25**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 1216: „die zügige Planung und Umsetzung von Radschnellwegen ins Umland, vor allem des Radschnellwegs Leipzig – Halle“

zu: „*die zügige Planung und Umsetzung von Radschnellwegen ins Umland, vor allem des Radschnellwegs Leipzig – Halle **und des begleitenden Radweges entlang des Elster-Saale-Kanals***“

## 8 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

### **ÄA26**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

### **Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 1228: "Weniger Individualverkehr ist auch gut für die unverzichtbaren Fahrzeuge, wie z.B. die des Handwerks und der Pflegedienste."

zu: „Weniger Individualverkehr **bevorzugt zwangsläufig auch** unverzichtbare Fahrzeuge wie z.B. die des Handwerks und der Pflegedienste **und sorgt zudem für eine verbesserte Luftqualität in den Wohnquartieren.**“

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

### **ÄA27**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

### **Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1258: „**beschleunigten Ausbau der durch die Stadtwerke betriebenen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge mit Schwerpunkt P&R-Parkplätze**“

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich

### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:



Kapitel 6 – Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle

**ÄA28**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1381: **„die Gewährleistung der Alters- und Geschlechtergerechtigkeit bei allen städtischen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel (z.B. bei der Erstellung des Hitzeschutzplanes der Stadt Leipzig)“**

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

**ÄA29**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung vor Zeile 1390: **„temporäre Beschattungsmaßnahmen (Sonnensegel) auf öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen“**

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

**ÄA30**

**Antragssteller:** Angela Müller und Reinhard Natke für AG ADELE

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1415: **„keinerlei Fällung von gesunden Starkbäumen v.a. zugunsten von Verkehrsstrassen-Erweiterungen“**

## 10 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

### **Begründung:**

Umweltprozesse, insbesondere der Klimawandel, beeinflussen alle Lebensbereiche. Dem ist in allen Politikfeldern Rechnung zu tragen.

### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

### **ÄA31**

**Antragssteller:** Claudia Scholz, Benjamin Voigt (Mitglieder der AG Stadtentwicklung)

**Unterstützer:** Michael Neuhaus, SBV Südwest

### **Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung in Zeile 1461: „den Erhalt des Bürgerbahnhofs Plagwitz als öffentlicher grüner Freiraum“

**zu: „*Kein Neubau auf den Brachflächen des Plagwitzer Bahnhofs und weitere Entwicklung aller örtlichen Flächen als öffentlicher grüner Freiraum.*“**

### **Begründung:**

Die bisherige Formulierung bezeichnet den „Bürgerbahnhof Plagwitz“. Die Flächen des Bürgerbahnhofs sind bereits in öffentlicher Hand, durch den B-Plan 380.1 rechtlich gesichert und werden als Erholungs- und Grünflächen entwickelt. Einen wirklichen Einfluss auf umweltpolitische Fragen, auf eine bedarfsgerechte linke Bodenpolitik sowie auf potenzielle Wähler:innen hätte lediglich eine Formulierung betreffend der veräußerten Brachfläche angrenzend an den Bürgerbahnhof. Hinter der Forderung, weitere Neubebauungen auf dieser Brachfläche zu verhindern, stehen die Umweltverbände Ökolöwe, der BUND mit einer Petition von 5000 Unterschriften und ein offener Brief der ansässigen Bürger:inneninitiative mit 3000 Unterschriften. Genossinnen von uns sind Teil dieser Bürger:inneninitiative. Ergänzend ist zu sagen, dass sich im bisherigen „Konflikt“ um diese Flächen, die Grünen die Erwartungen der Anwohner:innen enttäuschten und die SPD das Thema weitgehend ignorierte. Es ist vor allem Die Linke, die wirklich an der Seite der Menschen vor Ort steht und sich für die Interessen der Anwohner\*innen rund um den Bürgerbahnhof stark macht. Dieses Engagement müssen wir deutlicher als bisher kommunizieren und konsequenter für uns nutzen.

### **Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---